Die industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik jenseits einer politischen Kultur des Verteilungskampfes?

Prof. Dr. Jürgen Hoffmann, geb. 1944 in Jerxheim, Studium in Berlin, lehrt Politische Soziologie an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg. Veröffentlichungen zur ökonomischen, politischen und gewerkschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik, zuletzt u. a. Mitherausgeber von „Jenseits der Beschlußlage - Gewerkschaften als Zukunftswerkstatt“ (Köln 1990).

Eine in der Bundesrepublik von infas¹ im Jahr 1989 veröffentlichte empirische Untersuchung zum Verhältnis von Arbeitnehmerbewußtsein und Gewerkschaftspolitik stellt den Gewerkschaften gute Noten aus: Sieht man von dem erstaunlich hohen Stellenwert des Umweltthemas für Arbeitnehmer einmal ab, dann entspricht in fast allen wesentlichen Punkten die gegenwärtige Gewerkschaftspolitik dem Bewußtsein und den Erwartungen der Beschäftigten; die These von einer „Krise der Gewerkschaften“ scheint widerlegt, Entwarnung ist angesagt. Einer solchen Sicht kann freilich nur folgen, wer nur den Ist-Zustand im Auge hat - von einer Detailkritik der Methodik einmal abgesehen. Stellt man dagegen sozialökonomische Trends ins Verhältnis zu den Strukturen der industriellen Beziehungen, dann ergeben sich Diskrepanzen, die zwar nicht unbedingt die vielbeschworene „Krise der Gewerkschaften“ belegen, wohl aber Problemfelder aufdecken, die die traditionellen Politikstrukturen fragwürdig machen und die auch in der aktuellen Zukunftsdiskussion in den Gewerkschaften thematisiert werden.

¹ Vgl. Walter Berti, Reinhard Rudat, Reinhard Schneider, Arbeitnehmerbewußtsein im Wandel, Frankfurt/M., New York 1989.

Die politische Kultur der Gewerkschaftsbewegung, des Kapitals und der industriellen Beziehungen in Deutschland

Das in der Bundesrepublik viel diskutierte „Modell Deutschland“ stand international für eine gelungene Kooperation zwischen Kapital, Lohnarbeit und Staat und für Stabilität der industriellen Beziehungen in der 1975 einsetzenden Weltwirtschaftskrise. Lange vor der Produktivitäts-Diskussion in der Industriosozilogie wurde unter dieser Metapher die hohe Produktivität der bundesdeutschen Wirtschaft auf stabile soziale Beziehungen (Sozialintegration) zurückgeführt und umgekehrt wurde der Produktivitätszuwachs wiederum als Basis dieser sozialen Stabilität identifiziert. Die Stabilitätsbedingungen sind damit aber nur oberflächlich benannt. Denn hinter diesem sozial-integrativen Modell standen jene technologischen, ökonomischen und sozialen Verschiebungen der dreißiger bis fünfziger Jahre, die soziale und kulturelle Elemente in den Klassenbeziehungen mit technologischen und ökonomischen Strukturen „kompatibel“ machten.

Sicherlich war eine wesentliche Voraussetzung für die stabilen industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik die Durchsetzung fordristischer Produktionselemente in den Kernsektoren der deutschen Industrie in den vierziger und fünfziger Jahren. Auch wenn zentrale Branchen der Investitionsgüterindustrie - wie die eher mittelständische und auf Kleinserien- und Einzelfertigung ausgerichtete Maschinenbauindustrie - nicht einfach darunter zu fassen sind, so ist doch zu dieser Zeit die Masse der Wachstumsbranchen der Prosperitätsphase auf eine inflexible Massenproduktion - „economics of scale“ - ausgelegt: Großbetriebe mit inflexibler Massenproduktion bei tayloristischer Arbeitsorganisation und dementsprechenden regionalen Strukturen ermöglichten hohe Produktivitätszuwachsrate und mithin hohe Profitrate, die wiederum den Konzessionsspielraum im Verteilungskonflikt erhöhten. Zugleich waren diese Formen für die Gewerkschaften auch Gratisvorgaben ihrer Organisationsfähigkeit.

Diese für die Entwicklung der Nachkriegsprosperität in den westlichen kapitalistischen Industrieländern bekannten und vielfach analysierten Zusammenhänge müssen allerdings für die Bundesrepublik in bezug auf die sozialen Akteure in den industriellen Beziehungen spezifiziert werden. Deshalb vorweg einige historische Voraussetzungen zu den industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik. Die Gewerkschaftspolitik in Deutschland war historisch immer durch eine optimistische Sicht der Produktivkraftentwicklung als Basis gesellschaftlicher Emanzipation geprägt („Produktivkräfte sprengen die Produktionsverhältnisse“). Zugleich verstanden sie sich programmatisch immer als Vertreter der gesamten Lohnarbeiterschaft - was in der Praxis Diskriminierungs- und Ausschließungsprozesse nicht verhinderte. Ihre Politik schöpfte ihre Kraft und ihre politische Kultur aus den Milieus der großstädtischen und in Großbetrieben beschäftigten Arbeiterschaft, die, am Rande des Existenzminimums lebend, ein Lagerbewußtsein entwickelten, das Begriffe wie „Kollektivität“ und „Solidarität“ inhaltlich sehr eng definierte

und mit quasi militärischer Disziplin verband. Im Lohnkampf beziehungsweise Verteilungskonflikt war diese politische Kultur eine wesentliche Erfolgsbedingung gegen die autoritär und oft im Bündnis mit dem Obrigkeitsstaat auftretende Unternehmerschaft - gegen das Lager von Kapital und Staat.

Mit dieser Kultur² war der Mythos der körperlich geleisteten Erwerbsarbeit als alleiniger Quelle allen Reichtums (Produzentenstolz) und der politische Ansatzpunkt beim kapitalistisch definierten Normalarbeitsverhältnis verbunden; beides diskriminierte vielfältige Formen von gesellschaftlichen Tätigkeiten und koppelte - politisch umgesetzt - vor allem Nichterwerbstätige weitgehend von der Teilhabe an den politisch erkämpften beziehungsweise gewährten sozialen Sicherungssystemen ab. Die Spannung zwischen revolutionärer Erwartung und ökonomischem Tageskampf löste die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach 1918 in der von Hugo Sinzheimer geprägten Formel auf, daß die Arbeiterschaft im Sinne der gemeinsamen Entwicklung der Produktivkräfte (Produktivität) mit dem Kapital gemeinsame Produktionsinteressen hat, bei der Verteilung der erwirtschafteten Werte aber in einen Gegensatz zum Kapital tritt (*Produktionskonsens - Verteilungskonflikt*). Diese Formel mußte die Arbeiterschaft an der rücksichtslosen Entwicklung der Produktivkräfte auf Kosten von Mensch und Natur ökonomisch interessiert machen. Die Formel paßte insofern auch zur optimistischen Sicht der Produktivkräfte.

Dieser politisch-kulturelle Hintergrund der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihre organisatorischen Formen (politische Einheitsgewerkschaften, organisiert nach dem Industrieverbandssystem mit dem Dachverband DGB, „ein Betrieb - eine Gewerkschaft“), wie sie sich nach 1945 (wieder-)entwickelten, waren allein schon günstige Voraussetzungen für ihren Einbau in ein fordistisches Produktionskonzept, das die Kontinuität der Produktion erforderte und dafür hohe Produktivitätsraten versprach. Hinzu kam - als Resultat von politischen Niederlagen in der Auseinandersetzung um die Mitbestimmung - die kodifizierte Konfliktregelung durch das Betriebsverfassungsgesetz und das Tarifvertragssystem. Dies ermöglichte nicht nur eine sehr effiziente, flexible Form der dualen Interessenvertretung, das den Gewerkschaften innerbetrieblich durch die Institution der Betriebsräte „den Rücken freihält“ und ihnen so außerbetrieblich erlaubte, sich auf der Ebene der Branchen auf Lohn- und Arbeitszeithemen zu konzentrieren.³

Zugleich wurde aufgrund der gesetzlich institutionalisierten Sozialpartnerschaft auch eine kontrollierte Konfliktaustragung möglich, die angesichts der Achillesferse der inflexiblen Massenproduktion, dem Problem der Konti-

2 Kultur wird hier also nicht eingegrenzt auf den Freizeitbereich, auf die kulturellen Veranstaltungen der Arbeiterschaft (Gesangsgruppen, Sportvereine, Theatergruppen etc.) im Gegensatz zur herrschenden bürgerlichen Kultur, sondern soll verstanden werden als soziale Formen und Symbole des Umgangs miteinander und der Lebensweise - wozu freilich die genannten Aktivitäten auch gehören.

3 So Wolfgang Streeck, *Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen Demokratie*, Königstein/Ts. 1981.

nuität der Produktion, ökonomisch von überragender Bedeutung war. Diese günstigen historischen, ideologischen, organisatorischen und gesetzlichen Voraussetzungen für die Integration der bundesdeutschen Gewerkschaften in ein fordistisches Produktionsmuster wurden auch durch den politischen Schwenk der Gewerkschaften nach 1952 hin zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik und linearen Arbeitszeitpolitik ökonomisch eingelöst. Das arbeitsrechtlich wie sozialpolitisch abgesicherte Normalarbeitsverhältnis war so, weil dem starren Produktionsrhythmus fordistischer Produktion vorausgesetzt, in den industriellen Beziehungen allgemeiner Konsens.

Gegenüber Gewerkschaftsanalysen blieben besonders in den kritischen Forschungsansätzen die Veränderungen, die die Durchsetzung der inflexiblen Massenproduktion in den fünfziger und sechziger Jahren auf der Kapitalseite (Unternehmerschaft) nach sich zog, eher unterbelichtet. Für die industriellen Beziehungen in Deutschland ist historisch die Spaltung der Kapitalseite in zwei Fraktionen charakteristisch, die gegensätzliche Unternehmenskulturen repräsentieren:⁴ Für die binnenmarkt- und rüstungsorientierte *Schwerindustrie* an der Ruhr (Kohle, Stahl) als traditionell dominierender Fraktion war innerbetrieblich wie allgemeinpolitisch der „Herr-im-Hause“-Standpunkt kennzeichnend; sie verfolgte daher auch - im Verein mit den Großagrariern - eine strikt antigewerkschaftliche und antisozialstaatliche Politik. Demgegenüber pflegten die (weltmarktorientierte) *Verarbeitende Industrie* (Maschinenbau-, Elektro-, Straßenfahrzeugbauindustrie) und die *Chemieindustrie* zwar durchaus paternalistische Umgangsformen in den Betrieben, aber zugleich waren sie gegenüber dem „Humankapital“ der Facharbeiter und gegenüber den Gewerkschaften aufgeschlossener. Sie wußten offenbar die Bedeutung qualifizierter Arbeit und stabiler sozialer Beziehungen im Betrieb eher zu schätzen und konnten auch aufgrund höherer Produktivitäten relativ hohe Löhne zahlen.

Mit der Durchsetzung der fordistischen Produktionsweise in der Nachkriegszeit und der Öffnung zum Weltmarkt in und nach dem Korea-Boom gewinnt die kooperationsbereite Verarbeitende Industrie deutlich das Übergewicht gegenüber der niedergehenden Montanindustrie, wobei sich allerdings dieser Wechsel personell und politisch erst in den sechziger Jahren in den Unternehmerverbänden - nicht zuletzt auch als Generationswechsel - durchsetzt.⁵ Der Unternehmer, der sich als Betriebs/üftrrer versteht und nach militärischen Grundsätzen seinen Betrieb führt, wird jetzt allmählich abgelöst durch den *Manager*, der Probleme der betrieblichen Kommunikation und Sozialintegration auch jenseits von Stab und Linie denken kann. Ohne diesen Hegemoniewechsel auf der Kapitalseite wären in der Bundesrepublik korporatistische Politikkonzepte wie die der Konzertierten Aktion seit Mitte der sechziger Jahre kaum denkbar gewesen. Das „Modell Deutschland“ basiert insofern auf dem historischen Sieg über die konservativ-reaktionäre Schwer-

4 Vgl. dazu für die Zeit vor 1933 u. a. David Abraham, *The Collapse of the Weimar Republic*, New York, London 1986 (2nd ed.).

5 Vgl. dazu Volker Berghahn, *Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1985.

Industrie durch die Kapitalfraktion, die in der Weimarer Republik unter dem Namen der dynamischen Exportindustrien firmierte.

Als Fazit für die gewachsene Kultur der industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik kann daher für die Zeit bis zur Weltwirtschaftskrise 1975 festgehalten werden, daß in den spezifisch westdeutschen Formen fordistischer Produktion die ökonomischen, sozialen und politischen Institutionen in einem hohen Maße einander kompatibel waren und daß dieses sozialökonomische Ensemble hohe Profit- und Akkumulationsraten und lohn- und sozialstaatliche Konzessionsspielräume sicherte. Die hohen Akkumulations- und Lohnzuwachsrate ermöglichten wiederum Nachfrageschübe, während der Ausbau des Sozialstaats die Sozialintegration festigte. Vollbeschäftigung und allgemeine - vom Kapital durch Arbeitskraftnachfrage ermöglichte - Lohnsteigerungen machten es den Gewerkschaften letztlich leicht, Solidarität zu praktizieren. Bei Wirtschaftswachstum kann ein „Kollektivguldilemma“ bekanntlich eher umgangen werden als in Stagnationsphasen. Der der Lagermentalität entlehnte kollektivistische Solidaritätsbegriff konnte so aufrechterhalten bleiben und mit der Produktivitäts- und Wachstumsideologie verbunden werden. Der Keynesianismus der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik befestigte diese gewerkschaftspolitische Kultur der Wachstums- und Verteilungspolitik.

Gesellschaftlicher Wandel auf Basis ökonomischen Wachstums:
Die Erosion der politischen Kultur der Arbeiterbewegung

Aus dieser Darstellung könnte nun schnell der ökonomische Fehlschluß gezogen werden, daß allein mit der Erosion der Bedingungen dieses Produktivitätsmodells seit der Weltwirtschaftskrise 1975 auch schon die Politikstrukturen in die Krise geraten. Ein solcher Ansatz greift aber zu kurz, weil er den *gesellschaftlichen* Resultaten der ökonomischen Prosperitätsphase zu wenig Beachtung schenkt. Erfolg der gewerkschaftlichen Lohnpolitik im Wirtschaftswunder heißt eben nicht nur ökonomisch fordistische Nachfragesteigerung; vielmehr wird dadurch zugleich eine gesellschaftliche Umwälzung in vielerlei Gestalt bewirkt, die wiederum die Basis gewerkschaftlicher Organisations- und Konfliktfähigkeit nicht unberührt läßt. Dazu vier Stichpunkte:

1. Die faktisch - mit Ausnahme der Krise 1967 - bis 1974/75 ungebrochene Prosperität der Kapitalkumulation führte in der Bundesrepublik zu einer schnellen Auflösung der Arbeitslosigkeit und zu einer historisch einmaligen Erhöhung und Ausweitung des Lebensstandards der Arbeitnehmerschaft: In nur 20 Jahren verdreifacht sich nahezu der reale Lebensstandard einer durchschnittlichen Arbeitnehmerfamilie.⁶ Zugleich verändern sich die in Faschismus, Krieg und Nachkriegszeit geschrumpften solidarischen Strukturen in der Produktion zugunsten eines individualisierten Leistungsbewußtseins und einer *Heterogenisierung der Arbeiterschaft* - bei gleichzeitig weiterer

⁶ Vgl. dazu die ausführliche Analyse von Josef Mooser, *Arbeiterleben in Deutschland 1900 -1970*, Frankfurt/M. 1984, ebenfalls: Dietmar Brock, *Vom traditionellen Arbeiterbewußtsein zum individualisierten Handlungsbewußtsein*, in: *Soziale Welt* Nr. 4/1988.

Verallgemeinerung (Homogenisierung) des Lohnarbeiterstatus. Die Zusammensetzung der Arbeiterschaft in der Industrie verändert sich schnell. Hier ist nicht nur hervorzuheben, daß jetzt eine im Faschismus sozialisierte Arbeitergeneration den Kern der männlichen Arbeiterschaft stellt. Die Verknappung des Angebots von Arbeitskräften führt auch dazu, daß immer mehr vorwiegend agrarisch sozialisierte Beschäftigte Industriearbeiter werden (Arbeiter vom Land, Arbeitsmigranten) und daß zudem Frauen, die sich oft erzwungenermaßen in einer Zuverdienerrolle verstehen, in die industrielle Produktion integriert werden. Der Industrialisierungsprozeß schafft insofern keineswegs mehr „automatisch“ ein kollektivistisches Bewußtsein, das dann von Gewerkschaften aufgegriffen werden könnte. Eher kommt diese Entwicklung freiheitlich-marktmäßigen Gesellschafts- und Politikkonzepten entgegen, wie sie von der Unternehmenseite und der neokonservativen Politik angeboten werden. Der Lohnabhängige, der bei Vollbeschäftigung seine Arbeitskraft *als einzelner* verkaufen kann, disponiert erfolgreich über sein Eigentum: die Arbeitskraft.

2. Dieser Prozeß der Ausdifferenzierung in der Produktion wird durch eine statusbezogene und sektorale Ausdifferenzierung bei den Lohnabhängigen ergänzt: Als Folge des Industrialisierungsprozesses und der beschleunigten Kapitalakkumulation nehmen indirekte Tätigkeiten in der Produktion und generell Verwaltungs- und Leitungstätigkeiten zu. Auch der Anteil der staatlichen Lohnarbeiter wächst mit den sich ausweitenden infrastrukturellen Aufgaben des Staates, besonders aber durch den Aufbau der Bundeswehr seit 1956 und durch den Ausbau der personalintensiven Gesundheits- und Bildungsbereiche im Zuge der inneren Reformen seit 1969. Diese Entwicklung drückt sich in einer „funktionalen, beruflichen und sektoralen *Tertiärisierung der Lohnarbeit*“⁷ aus. So weist die Statistik für die Bundesrepublik Ende der siebziger Jahre bereits mehr Angestellte und Beamte als Arbeiter aus.

Besonders deutlich wird dieser Prozeß der Tertiärisierung in den siebziger und achtziger Jahren, in denen der tertiäre Sektor (Dienstleistungen, Staat) bei den Erwerbspersonen weiter zunimmt, während die Beschäftigung im sekundären Sektor (Industrie) stagniert. Zwar zeigt die Statistik auch, daß diese Ausweitung weitgehend in Funktion zur Kapitalakkumulation stattfand,⁸ und sicherlich ist der „Weg in die Dienstleistungsgesellschaft“ kein „Weg aus dem Kapitalismus“; dennoch ist festzuhalten, daß der Industrialisierungsprozeß allgemein zu einer Ausweitung der Anteile von Tätigkeiten geführt hat, die nicht der klassischen (blue collar-)Industriearbeiterschaft zuzurechnen sind, und daß dieser Trend sich weiter fortsetzen wird.

Gerade diese Arbeitnehmergruppen im tertiären Sektor sind aber aufgrund der individualistischen Ausrichtung ihrer Arbeit beziehungsweise aufgrund statusmäßiger Privilegien kaum noch innerhalb eines „proletarischen Dis-

7 Vgl. Walter MüHer-Jentsch, Eine neue Topographie der Arbeit - Organisationspolitische Herausforderungen der Gewerkschaften, in: Heidrun Abromeit, Bernhard Blanke (Hrsg.), Arbeitsmarkt, Arbeitsbeziehungen und Politik in den 80er Jahren, Opladen 1987 (Leviathan SH 8/1987).

8 Vgl. Horst Albach, Dienstleistungen in der modernen Industriegesellschaft, München 1989.

kurses" (Kollektivität, Disziplin, „Grundwiderspruch“) ansprechbar, sie sind eben wie auch viele der *modernen Produktionsarbeiter* keine „geborenen Arbeiter“ mehr.⁹

3. Die Differenzierung innerhalb der in der Produktion beschäftigten Arbeiter findet in der *Ausweitung der individuellen Wahlmöglichkeiten*,TM beim Kauf von Lebenschancen *außerhalb* der Produktion eine Entsprechung: Mit der schnellen Ausweitung der materiellen Basis des Lebens zerbröckelt auch bei traditionell geprägten Arbeitern der Milieuzusammenhang: Wer ein Auto - Symbol individueller Lebensführung und Mobilität - hat, steht für das Leben im (Arbeiter-)Stadtteil am Wochenende nur noch bedingt zur Verfügung; wer einen Fernseher hat, entzieht sich in der Regel der abendlichen Kommunikation in der Kneipe oder im Verein. Der Übergang zu einer „dispositiven Lebensführung“ (Brock) und die „Pluralisierung der Lebensstile“¹¹ auch bei den Arbeitern/innen ist damit in der schnellen Ausweitung der materiellen Basis der Arbeiterfamilien angelegt und entspricht im Reproduktionsbereich dem oben bereits dargestellten Vermarktungsbewußtsein des Arbeitskraftbesitzers (individuelle Leistungsorientierung) in der Produktionssphäre.

Die Möglichkeit zu haben, sich mit einem kontinuierlich anwachsenden Lohnfonds immer mehr Lebenschancen *außerhalb* der Arbeit und oberhalb der Grundbedürfnisse kaufen zu können, heißt daher, daß immer mehr Lohnabhängige - wenn auch nach Einkommensdifferenzen verschieden - individuelle Wahlmöglichkeiten in ihren Lebensvollzügen geltend machen. Durch das schnell angestiegene allgemeine Bildungsniveau werden die Entscheidungsoptionen noch wahrscheinlicher, wobei auf Basis einer ausdifferenzierten Gesellschaft die Entscheidungsmöglichkeiten immer auch Entscheidungszwänge sind. Dies macht Kollektivität und Solidarität zur Verteidigung des Existenzminimums für die große Mehrheit der Beschäftigten nicht obsolet. Wohl aber wird ein neues Verhältnis von Individualität und Solidarität notwendig, um die neuen Risikolagen *und* Chancen selbstbestimmten Lebens abzustützen und einzubinden.¹²

4. Der lohnpolitische Erfolg der Gewerkschaften basierte in den fünfziger und sechziger Jahren auf dem prinzipiell nicht mehr in Frage gestellten kapitalistischen Wirtschaftswachstum, also auf dem Prinzip der nach einzelwirtschaftlicher Rationalität strukturierten Kapitalakkumulation. Sei es in der Tradition der Theorie der Produktivkräfte der Zweiten Internationalen, sei es im Hinblick auf eine erfolgreiche produktivitätsorientierte Lohnpolitik - die bundesdeutschen Gewerkschaften befürworteten prinzipiell die technischen

⁹ Vgl. Horst Kern, Anforderungen an die Tarifpolitik von morgen, in: IG Metall (Hrsg.), Tarifpolitik im Strukturwandel, Köln 1988.

¹⁰ Vgl. Brock, a. a. O.

¹¹ Vgl. dazu Ulrich Beck, Risikogesellschaft, Frankfurt/M. 1986; Wolfgang Zapf, Sigrid Breuer, Jürgen Hampel, Peter Krause, Hans-M. Mohr, Erich Wiegand, Individualisierung und Sicherheit, München 1987.

¹² Vgl. dazu Jürgen Hoffmann, Reiner Hoffmann, Dietrich Lange, Ulrich Mückenberger (Hrsg.), Jenseits der Beschlußlage - Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt, Köln 1990.

Innovationspotentiale und Großtechnologien der kapitalistischen Produktionsweise; Technikkritik wurde bis in die siebziger Jahre hinein lediglich in bezug auf die soziale Abfederung von individuellen Risiken des Rationalisierungsprogrammes entwickelt. Einzelwirtschaftliche Rationalität in unserem Wirtschaftssystem heißt aber zugleich *Externalisierung von sozialen Kosten*: von Kosten, die einzelwirtschaftlich gesehen tote Kosten sind und die aufgrund des Rechtsinstituts des Privateigentums in Form von Abluft, Abwasser, Abfall und Gesundheitsschädigungen auf die Gesellschaft abgewälzt werden können.¹³

An ökologischen Folgen der ökonomischen Prosperität entzündeten sich in den siebziger Jahren immer mehr gesellschaftliche Konflikte, die neuen sozialen Bewegungen entwickeln den ökologischen Diskurs gegen den ökonomischen. Kapital *und* Lohnarbeit stehen dagegen - zumindest anfangs - auf derselben Seite der Barrikade; der von den Gewerkschaften vertretene verteilungspolitische Diskurs gerät dabei aufgrund seiner Einbindung in die privat-einzelwirtschaftliche Rationalität immer mehr in die Defensive. Mit der gesellschaftlichen Sensibilisierung für ökologische Fragen fällt eine solche Position selbst hinter das entwickelte Ökologiebewußtsein von Industriearbeitern zurück, die aufgrund ihrer innerbetrieblichen Erfahrungen Probleme des Arbeitsschutzes mit Problemen des Umweltschutzes zu verbinden vermögen.¹⁴

Solidarität als Aufgabe - Ökonomische und gesellschaftliche Resultate des Umstrukturierungsprozesses seit 1975

Die hier skizzierte gesellschaftliche Dynamik erhellt die besondere Dimension der Veränderungen in den industriellen Beziehungen seit Mitte der siebziger Jahre. Zwar bleiben die klassischen „Zumutungen“ (Max Weber) der Arbeiterexistenz erhalten (ökonomisch vermittelte Herrschaft, Unsicherheit der Existenz, Unterprivilegierung auf der Einkommensebene), aber eben auf einem - verglichen mit der ersten Hälfte des Jahrhunderts - höheren und ausdifferenzierten Sicherheitsniveau. Und dies ist für die Alltagspraxis, das Alltagshandeln, durchaus von erheblicher Bedeutung. Einerseits wird jetzt durch Tendenzen zur Tertiärisierung, Individualisierung und Ausdifferenzierung der kollektivistische Solidaritätsbegriff obsolet und die Wachstumsformel wird als Basis gesellschaftlicher Wohlfahrt fragwürdig. Andererseits deuten sich hier zugleich neue politische Kulturen an, die als Ansprüche auf ein selbstbestimmtes Leben begriffen werden können. Besonders bei Jugendlichen werden inhaltliche (kreative, ökologische, alltagssolidarische) Ansprüche an Arbeit und Leben offensiv formuliert. Insofern wird hier die gewerkschaftspolitische Kultur des Verteilungskampfes fragwürdig, weil eine wesentlich quantitativ ausgelegte Politik an diesen Ansprüchen vorbeigeht - zumal dann, wenn sich diese Politik mit einer zentralistischen Organisations-

¹³ Vgl. dazu K. William Kapp, *Die sozialen Kosten der Marktwirtschaft*, Frankfurt/M. 1988 und das Schwerpunktheft von: *Die Mitbestimmung*, Nr. 11-12/1990.

¹⁴ Vgl. dazu die empirische Studie von Hartwig Heine, Rüdiger Mautz, *Industriearbeiter contra Umweltschutz?* Frankfurt/M., New York 1989, die diese Sensibilisierung für ökologische Fragen bei Chemiefacharbeitern ermittelt haben.

kultur verbindet und nur die im Rückzug begriffene „Arbeitersolidarität“¹⁵ kennt.

Aber auch in einer enger gefaßten sozialökonomischen Analyse der industriellen Beziehungen zeigt sich, daß in der aktuellen Umbruchphase eine politische Kultur des Verteilungskampfes Solidaritätspostulate nicht mehr im Selbstgang einlöst. Die Produktivitätseffekte der Ökonomie der inflexiblen Massenproduktion laufen aus und es wird auf Basis dieser historisch gewachsenen Technikgeneration immer teurer, Produktivitätszuwächse zu finanzieren (Erhöhung der Kapitalintensität) - mit der Folge, daß bei zunächst nach unten starren Lohnsätzen die Rentabilität sinkt und die beschleunigte Akkumulation erlahmt. Die Folgen sind: Krisen (1975 und 1981/82), Massenarbeitslosigkeit und Umstrukturierung der ökonomischen und sozialen Basis der Produktion; die herkömmliche politische Kultur der industriellen Beziehungen wird mit den sich neu entwickelnden neuen technischen und ökonomischen Strukturen inkompatibel. Dies findet letztlich auch politisch in der Wende zur konservativ-liberalen Regierung 1982 einen Ausdruck. Die bekannten Stichworte dieses Knsenprozesses sind: der Niedergang traditioneller Industrien, dauerhafte Massenarbeitslosigkeit, Segmentierung der Arbeitsmärkte und Marginalisierungstendenzen. Unter diesen Bedingungen kann die gewerkschaftspolitische Vertretung der auf Teilarbeitsmärkten Beschäftigten zugleich die Ausschließung der Nicht-Beschäftigten von Einkommenquellen bedeuten. Die Bedingungen des Verteilungskampfes werden deutlich von höchst unterschiedlichen ökonomischen Lagen von Betrieb, Branche, Region, Stamm-/Randbelegschaften definiert, so daß ein erfolgreicher Verteilungskampf unter Umständen auch den Verzicht auf Einlösung von Anforderungen einer solidarischen Lohnpolitik bedeutet.

Charakteristisch für die achtziger Jahre ist aber die technologisch-ökonomische *Restrukturierung* der Ökonomie mittels neuer Kommunikations-, Informations- und Sensortechnologien mit den sich immer deutlicher herausbildenden arbeitsorganisatorischen Folgen einer der Flexibilisierung und Dezentralisierung von Arbeit und Produktion und der sektoralen Verschiebung der Beschäftigung zu tertiärisierten Tätigkeiten. Die Massenproduktion wird flexibilisiert, die „economics of scale“ werden mit Hilfe der neuen Technologien mit „economics of scope“ verknüpft - zumindest ist dies das Ziel. Dadurch soll der Entwicklung ausdifferenzierter Käufermärkte bei Beibehaltung beziehungsweise Erhöhung des Produktionsniveaus Rechnung getragen werden. Die innerbetriebliche Flexibilisierung geht dabei mit neuen Produktionskonzepten¹⁶ einher, wird aber offensichtlich auch von einer ausgeprägten

15 Zum Begriffspaar „Arbeitersolidarität“ im Vergleich zur neuerlich auf Basis entwickelter Individualität erkennbaren „AUsagssolidarität“ vgl. Rainer Zoll, Von der Arbeitersolidarität zur Alltagssolidarität, in: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 6/1988.

16 Vgl. dazu Horst Kein/Michael Schumann, Ende der Arbeitsteilung? München 1984; Folgeuntersuchungen haben inzwischen die Ausbreitung der in dem Buch prognostizierten neuen Qualifikationsprofile weitgehend bestätigt, zugleich aber auch auf ausgeprägte innerbetriebliche Segmentierungshnien aufmerksam gemacht.

internen Segmentierung begleitet (Kern-/Randbelegschaften; Rationalisierungsgewinner/-verlierer). Diese *interne* Flexibilisierung wird mit *externer* Flexibilisierung (Verringerung der Fertigungstiefe durch Zulieferersysteme und Transportketten, just-in-time-Production) verbunden, regional werden somit die Arbeitsmärkte geöffnet und Produktionen branchenunspezifisch organisiert,¹⁷ die gewerkschaftliche Organisationslogik (Branchenprinzip, ein Betrieb = eine Gewerkschaft) wird umgangen. Der hohe Kapitalaufwand, verbunden mit den Möglichkeiten der arbeitsorganisatorischen Flexibilisierung, läßt neue, flexible Arbeitszeitmodelle nicht nur technisch zu, sondern scheint sie ökonomisch geradezu zwingend vorzuschreiben.

Während in diesem Prozeß die Kapitalseite in der Gewißheit einer *ex.it-Option*¹⁸ die Sachzwänge des Umstrukturierungsprozesses betonen kann, ohne allerdings selbst Gewißheit über die konkreten zukünftigen Formen des Produktionsprozesses zu haben, begegnen die deutschen Gewerkschaften dieser Entwicklung - sieht man einmal von der offensiven Arbeitszeitverkürzungspolitik zum Beispiel der IG-Metall ab - zunächst mit einer Politik der Besitzstandswahrung. Sie argumentieren konservativ.¹⁹ Sie wollen vorerst die gegebenen Einkommensquellen sichern, während die Kapitalseite schon neue Quellen jenseits der Gewerkschaften erschließt. Für ihre Politik können die Gewerkschaften aber keine breite gesellschaftliche Bewegung anrufen, denn die bloße Besitzstandswahrungspolitik muß *gegen* die allgemeinen ökonomischen Perspektiven formuliert werden; sie schließt zugleich Prozesse der sozialen Schließung und Marginalisierung ein und muß notwendigerweise ein quantitatives Wirtschaftswachstum fordern - gegen den hegemonialen ökologischen Diskurs. Vor allem wird eine solche Politik auch den zukünftigen Problemfeldern auf dem ureigenen Feld der zukünftigen Organisations- und Konfliktfähigkeit nicht gerecht.

Diese Sorgen hat die Kapitalseite naturgemäß nicht. Für sie war zunächst die Phase der Krise und Massenarbeitslosigkeit eine Gelegenheit, den makroökonomischen Korporatismus aufzukündigen und im Verein mit dem mittelständischen Handwerk und der konservativ-liberalen Wende 1982 arbeits- und sozialrechtliche Regulierungsformen den neuen Flexibilisierungsmöglichkeiten zu öffnen. Die politische Wende war insofern - in regulationstheoretischer Sicht — auch ein Versuch, das Arbeits- und Sozialsystem durch Auflösung linear wirkender Schutzrechte den neuen gesellschaftlichen und technologisch-ökonomischen Strukturen gemäß *kompatibel* zu gestalten. Dabei sollte auch die gewerkschaftliche Position zum Beispiel durch Eingriffe in die Streikformen geschwächt werden. Allerdings wurde von der Kapitalseite entgegen gewerkschaftlichen Verlautbarungen offensichtlich nicht eine

17 Vgl. dazu Dieter Läßle, Neue Technologien in räumlicher Perspektive, in: Informationen zur Raumentwicklung Nr. 4/1989, und Horst Kern, Charles F. Säbel, Gewerkschaften in offenen Arbeitsmärkten, in: Soziale Welt Nr. 2/1990.

18 Das heißt, sie haben auch andere Möglichkeiten (Ausgänge) der Kapitalanlage, vgl. zum Begriff Albert O. Hirschmann, *Exil, Voice and Loyalty*, Cambridge Mass. 1970.

19 Vgl. Ralf Dahrendorf, Verhindern statt vorantreiben, in: DIE ZEIT vom 18. 5.1984.

Zerschlagung gewerkschaftlicher Strukturen intendiert: Stabile Strukturen der industriellen Beziehungen auf der Meso- und Mikroebene sind auch für die Kapitaleseite in der gegenwärtigen Restrukturierungsphase viel zu wichtig, um sie auf dem Altar der Mittelstandsinteressen zu opfern, denn auf der Ebene der Unternehmen zeigt sich, daß der Prozeß der Restrukturierung alles andere als eindeutig technologisch oder ökonomisch determiniert ist.

Die in vielen industriesoziologischen Studien festgestellte hohe Kontingenz dieser Prozesse²⁰ führt zu neuen Formen der Organisation der Arbeit durch unternehmensinterne Requalifikation (Weiterbildung), betriebsinterne Mitbestimmung (Qualitätszirkel, Problemlösungsgruppen) und Arbeitszeitflexibilisierungen. Der kulturelle Imperialismus des Managements²¹ drückt sich darin aus, daß die Unternehmen der Modernisierungsbranchen versuchen, einen Zugriff auf die unternehmensinterne wie außerbetriebliche Sozialisation der Arbeitskraft zu bekommen, um sich ihrer Loyalität in den komplexen Umstellungs- und Steuerungsprozessen zu versichern. Diese arbeitspolitischen Formen können dann an den Gewerkschaften vorbei organisiert oder gegen sie gewendet werden, wenn Gewerkschaften wie betriebliche Interessenvertreter selbst keine Gestaltungskonzepte einbringen können.

Es ist also zur Zeit unentschieden, ob es nicht den Unternehmen und der neokonservativen Politik gelingt, die oben angesprochene neue Individualität (als Wunsch nach selbstbestimmtem Leben) und ökologische Sensibilität in politische Konzepte einzubauen, wenn die praktizierte Gewerkschaftspolitik darin *nur* die Risiken der Spaltung oder Schwächung sieht.²² Insofern wird die Frage nach einer Schwächung der Gewerkschaftspolitik durch die Veränderung der institutionellen Bedingungen industrieller Beziehungen nicht nur auf der Kapitaleseite entschieden.

Risiken und Chancen einer gewerkschaftlichen Gestaltungspolitik

Restrukturierungsprozesse sind Phasen der technologischen, ökonomischen und sozialen Neuzusammensetzung im Akkumulationsprozeß. Ihre möglichen Resultate werden natürlich noch nicht im Bewußtsein der Arbeitnehmerschaft antizipiert, und wenn, dann in der Regel in die vorhandenen Orientierungsmuster integriert. Insofern ist die eingangs genannte Infas-Studie gerade kein Beleg dafür, daß die Gewerkschaften diesen Strukturwandel unbeschadet überstehen werden - zumal dann, wenn die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse mit berücksichtigt werden. Offensichtlich wird dies, wie die Zukunftsdiskussionen und die Entwicklung von Gestaltungspolitiken zeigen, auch von den deutschen Gewerkschaften erkannt.

20 Zusammenfassend dazu: Martin Birke, Michael Schwarz, Betrieb als arbeitspolitische Arena der Arbeits- und Technikgestaltung, in: Soziale Welt Nr. 2/1990.

21 Vgl. Christoph Deutschmann, Reflexible Verwissenschaftlichung und kultureller „Imperialismus“ des Managements, in: Soziale Welt Nr. 3/1989.

22 Vgl. zu diesen Anknüpfungspunkten neokonservativer Politik die Beiträge in: Heinrich Epskamp u. a. (Hrsg.), Die neokonservative Verheißung und ihr Preis, Köln 1989.

In solchen Phasen der Restrukturierung sind ökonomische Sachzwänge offener, weil zukünftige Techniklinien und Produktivitätsmodelle noch nicht als Sachkapital endgültig fixiert sind. Der Handlungskorridor für die Gestaltung zukünftiger ökonomischer und sozialer Strukturen ist daher weiter gefaßt als in Zeiten festgefüger Akkumulationsstrukturen. Wenn Gewerkschaften hier zur Sicherung ihrer zukünftigen Organisations- und Konfliktfähigkeit *und von* solidarischen Gesellschaftsstrukturen gestaltend eingreifen wollen, dann versuchen sie, die Systembedingungen (Umwelt) ihrer Politik mitzubestimmen. Der beschriebene Restrukturierungsprozeß bietet dafür sogar gute Voraussetzungen: Die Unternehmen selbst sind verunsichert (typisch dafür die von Kern/Schumann dargestellten zwei Linien im Management oder die trial and error-Verfahren beim Technologie-Einsatz). Sie bedürfen in dem komplexen Umstellungsprozeß, der ein Such- und Experimentierprozeß ist, der Information aus den Belegschaften, und die Belegschaften sind für Fragen einer technisch und ökologisch rationalen Gestaltung durchaus sensibilisiert.

Eine - im Unterschied zu einer Politik der Risikoabwehr und Besitzstand-Wahrung - aktive gewerkschaftliche Gestaltungspolitik hätte also auf unterschiedlichen Ebenen durchaus Chancen (Technologie- und Qualifikationspolitik, Sozialpolitik und Reorganisation der öffentlichen Dienstleistungen, Umsetzung von Ökologie- und Konversionskonzepten). Und die deutschen Gewerkschaften haben auf überbetrieblichen Ebenen (zum Beispiel im sozialen Sicherungssystem und im Bereich der beruflichen Bildung) und auf betrieblicher Ebene (Rationalisierungsschutz, Manteltarifverträge) durchaus Gestaltungsoptionen bereits politisch wahrgenommen. Die in den Zukunftsprogrammen beispielsweise der ÖTV und der IG Metall aufgegriffenen Problemfelder sind allerdings davon qualitativ verschieden, weil die Umsetzung dieser Programme bedeuten würde, daß Gewerkschaften über das *Was* und *Wie* der Produktion mitbestimmen, mit gesellschaftlichen Bewegungen auf den Feldern der Ökologie und der sozialen Sicherung kooperieren und sich darin selbst als gesellschaftliche Bewegung wieder entdecken müßten. Demgegenüber verfolgt die IG Chemie eine eher industriepolitische Politik, die das Produkt nicht infrage stellt, sehr wohl aber durch innerbetriebliche Vereinbarungen den Produktionsprozeß unter Arbeiterschutz-Gesichtspunkten mitgestalten will.

Mit der Gestaltungspolitik stehen Gewerkschaften wie die ÖTV und die IG Metall vor einer Fülle von organisationsinternen Problemen:

- Gewerkschaften sind angesichts der geforderten differenzierten und ganzheitlichen Lösungen mit einer Überlastung an Komplexität konfrontiert und werden unter Umständen - so besonders die Kritik von Organisationssoziologen - funktional überfordert;
- die vielfältigen differenzierten Lösungswege machen es schwierig, die Einzelinteressen in übergreifende, abstrakt-quantitative Kollektivinteressen einzubinden, das Kollektivgutdilemma ist unvermeidbar;

- ihre zentralistischen Organisations- und Politikstrukturen sperren sich gegen dezentrale oder gar individualistisch-emanzipative Politikkonzepte, wie sie die Gewerkschaftsführungen selbst aufgreifen;
- der politische Schwerpunkt bei den Einzelgewerkschaften läßt eine branchenübergreifende regionale Kontrolle der Arbeitsmärkte, die ja durch Strategien der externen Flexibilisierung offener werden, nur bedingt zu; zugleich ist dem organisatorisch schwachen DGB ein betriebs- und branchenunabhängiges Aufgreifen der außerbetrieblichen sozialen und kulturellen Zusammenhänge und Interessen der Lohnabhängigen durch finanzielle Restriktionen eher erschwert worden;
- die Gewerkschaftskader auf den unteren Ebenen, dies zeigen die Erfahrungen der IG Metall und der ÖTV, sperren sich gegenüber Gestaltungskonzepten oft mit traditionalistischen oder arbeitsorganisatorischen Argumenten;
- denn letztlich ist die politische Kultur der Gewerkschaften auf den Verteilungskonflikt zugeschnitten, weshalb eine Gestaltungspolitik sofort in den Ruf kommt, die Gewerkschaften wollten „sich jetzt auch noch den Kopf der Arbeitgeber zerbrechen . . ." (Diskussionsteilnehmer in einer Bildungsveranstaltung der ÖTV).

Plädoyer für eine neue politische Kultur:
Gewerkschaften als Diskursorganisationen

Eine Lösung dieser Probleme könnte in der auch in den gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussionen vorgeschlagenen Entwicklung der Gewerkschaften hin zu *Diskursorganisationen* bestehen, so ein wichtiges Resultat der Zukunftskonferenzen der IG Metall. Die historisch begründeten zentralistischen Organisations- und Politikformen und die Lagermentalitäten sind, bei aller notwendigen Kritik, immer noch wesentliche Erfolgsgarantien im Verteilungskonflikt in der Industriearbeiterschaft alten Typs. Diese politische Kultur wird aber kaum noch den Bedürfnissen und Erwartungen der modernen Arbeitnehmerschaft (der modernen Produktionsarbeiter und der Arbeitnehmer in der tertiärisierten Lohnarbeit) gerecht. Da letztere die Modernisierungsgewinner sind, stellt sich für die Gewerkschaftspolitik das Problem der politisch-kulturellen Spaltung noch drastischer: denn diese „Gewinner" müssen in einen Solidaritätspakt mit den „Verlierern" gebracht werden, wenn Solidarität wirksam werden soll.

Es gibt aber eben darüber hinaus noch einen Grund, Abschied von der hergebrachten politischen Kultur zu nehmen: Wenn die Gewerkschaften sich nämlich für die Gestaltungspolitik entscheiden, dann verlangt eine solche politische Option geradezu eine Umkehrung der politischen Kultur in den Gewerkschaften im Sinne von mehr Initiative von unten, Dezentralität, Aufklärung als Prozeß, Einheit durch Diskussion und rationales Argument. Wenn der Slogan „Abschied vom Proletariat" einen Sinn macht, dann in diesem kulturellen Zusammenhang. Derartige *Diskursorganisationen* wären in der Tat

eine Möglichkeit, die aufgezeigten Widersprüche, die ja einer Logik rationalen Handelns und der unterschiedlichen Lebenslagen der einzelnen Beteiligten folgen, zu bewältigen, sie aufzuheben. Denn das Dilemma der Gewerkschaftspolitik im Modernisierungsprozeß besteht ja nicht darin, daß sie nicht mehr die richtigen Interessen vertreten, sondern darin, daß das, was richtig ist, sich nicht mehr einfach und eindeutig aus den Arbeits- und Lebenssituationen ergibt, sondern die *Vielfalt* der ausdifferenzierten Arbeits- und Lebenssituationen der Beschäftigten ausdrückt, die erst durch einen Diskurs, also argumentativ, durch Überzeugung, in einen politischen Zusammenhang zu stellen ist. Und angesichts der kapitalseitigen Schwierigkeiten mit dem internen Restrukturierungsprozeß könnte eine solche Entwicklung den industriellen Beziehungen überhaupt eine diskursive Wendung geben, in denen allerdings nicht nur der Diskurs, sondern auch der *Konflikt* einen zentralen Stellenwert haben müßte: um Rahmenbedingungen und Ergebnisse von Diskursen gegen kurzfristige, einzelwirtschaftliche Rationalität und gegen eine solcher Rationalität verpflichteten staatlichen Politik durchzusetzen.²³ Denn die ökonomisch vermittelte Herrschaft in unserer Gesellschaft wird durch Diskurse nicht ersetzt; sie zu überwinden, bleibt bislang uneingelöste Aufgabe.

Wie schwierig dieser Weg zur Diskursorganisation ist, zeigt nicht nur das teilweise Versanden der Zukunftsdiskussion an der Basis bei der Umsetzung in die Organisationspraxis. Auch die „Lafontaine-Diskussion“ hat - unabhängig von der Stichhaltigkeit der Argumente - offenbart, daß besonders die Industriegewerkschaften noch einen langen Weg zur Diskursorganisation vor sich haben, die dann ein neues Verhältnis von Individualität und Solidarität entwickeln und umsetzen könnte. Und dieser Lernprozeß dürfte mit den neuen Mitgliedern in den Ländern der ehemaligen DDR aufgrund der kulturellen Unterschiede zur westdeutschen Arbeitnehmerschaft und auf dem Hintergrund der mit der Vereinigung geöffneten Arbeitsmärkte noch schwieriger sein. Aber dies wäre ein eigenes Zukunftsthema.

23 Daß die staatlich gestützten FuE-Programme den Handlungskorridor einer Gestaltungspolitik stark einengen, zeigen u. a. eine Reihe von Beiträgen in den WSI-Mitteilungen Nr. 10/1990 (mit dem Thema „Forschungs- und Technologiesteuerung zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen und Gestaltungsverzicht des Staates“); schon deshalb kann eine soziale und ökologische Kriterien intendierende Gestaltungspolitik nicht losgelöst von politisch relevanten sozialen Bewegungen nur innerbetrieblich oder korporatistisch gedacht werden.